

Rainer Hermann

ARABISCHES BEBEN

Die wahren
Gründe der Krise
im Nahen Osten



Klett-Cotta

einst starke irakische Mittelschicht und trieben sie in die Armut. Das Gesundheitssystem und das Bildungssystem kollabierten.

Das war nicht die letzte amerikanische Fehleinschätzung. Ein halbes Jahrhundert nach dem Sturz von Mossadegh begann ein von Amerika angeführter Einmarsch im Irak. Sechs Wochen nach seinem Beginn rief der amerikanische Präsident George W. Bush am 1. Mai 2003 aus: »Mission accomplished.« Selten hat ein amerikanischer Präsident sich selbst und die Welt mehr getäuscht. Denn der künstliche Staat Irak zerfiel mit dem Sturz Saddam Husseins, und ohne dessen Sturz hätte es den »Islamischen Staat« (IS) nicht gegeben.

Der sowjetisch-russische Imperialismus hatte ebenfalls seinen Anteil an der Ausbreitung des islamistischen Extremismus und Terrorismus. Am 25. Dezember 1979 marschierte die Rote Armee in Afghanistan ein, um die kommunistische Zentralregierung zu stützen, die im April 1978 durch einen Putsch an die Macht gekommen war. Die Invasion zog islamistische Widerstandskämpfer aus vielen Teilen der islamischen Welt an. Sie bildeten die *Mudschahidin*, aus denen die Taliban und die Terrorgruppe Al-Qaida hervorgehen sollten, die seit 1993 Anschläge gegen den Westen verübten. Die Rote Armee zog 1989 aus Afghanistan ab. Im darauf folgenden Bürgerkrieg übernahmen die Taliban die Macht, bis 2001 eine westliche Intervention sie stürzte, was das Land aber nicht befriedete.

Westliche Militärinterventionen haben den Nahen und Mittleren Osten nie dauerhaft stabilisiert. Eine Ausnahme war die Befreiung Kuwaits von den irakischen Invasoren im Februar 1991. Im Irak begingen die Amerikaner im Jahr 2003 aber weitere kapitale Fehler. Der erste war, die staatlichen Institutionen aufzulösen, allen voran die Armee und die Staatspartei Baath. Ein Vakuum entstand, und nichtstaatliche schiitische Institutionen füllten es, allen voran die religiösen Autoritäten der Ajatollahs und die schiitischen Milizen; beide hatten im Untergrund überlebt. In den Untergrund gingen nun die entmachteten und gedemütigten Sunniten. Dies war die Geburtsstunde des sunnitischen Widerstands; er war - neben dem Vorläufer Al-Qaida in Afghanistan - ein weiterer Anstoß für das Entstehen des »Islamischen Staats«.

Ein zweiter kapitaler Fehler war, dass die Amerikaner, wie zuvor die Osmanen und Briten, keinen nationalen Dialog eingeleitet haben, um

die konfessionellen und ethnischen Gegensätze zu entschärfen. So wurde die Diktatur der Baath-Partei von einer neuen Diktatur, einer schiitischen, abgelöst, in der Ministerpräsident Nuri al-Maliki, der von 2006 bis 2014 regierte, nun seinerseits die Sunniten marginalisierte und verfolgen ließ. Erschwerend kam hinzu, dass die Politik Amerikas und Europas im Kampf gegen den »Islamischen Staat« widersprüchlich war. Im Irak unterstützte der Westen die schiitisch geführte Zentralregierung, deren Politik zuvor maßgeblich zum Wachstum des »Islamischen Staates« beigetragen hatte. Denn viele irakische Sunniten waren (und sind) überzeugt, dass der »Islamische Staat« die wirksamste Antwort auf die Regierung in Bagdad ist. In Syrien war zunächst der Sturz des Assad-Regimes wichtiger als der Kampf gegen den »Islamischen Staat«. Gegen den »Islamischen Staat« kämpften die USA offiziell mit Ländern wie der Türkei, die jedoch islamistische Extremisten mit dem Ziel gefördert hat, Assad zu stürzen. Damit wurden Chancen vertan, mit Russland und Iran eine politische Lösung für Syrien auszuhandeln. Die Folge war, dass sich der Zerfall des Staates beschleunigte, was wiederum dem »Islamischen Staat« in die Hände spielte.

Innere Fehlentwicklungen

Autoritäre Staaten

Interne Faktoren haben in der Folgezeit die Fehlentwicklungen, die zuvor von externen Akteuren ausgelöst worden waren, nicht korrigiert, sondern sie sogar verstärkt. Machthaber, die autoritäre Staaten schufen und sich dabei totalitärer Ideologien bedienten, setzten sich durch. Die Konflikte wurden auch deswegen verschärft, weil die Akteure ihr Handeln mit dem Islam begründen konnten. Damit ließen sich die Menschen leichter mobilisieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Kolonialmächte die arabische Welt in die Unabhängigkeit entlassen. Da waren die jungen arabischen Staaten bereits mit der Hypothek von Fehlentscheidungen belastet. Denn die Eliten wurden aus den Minderheiten rekrutiert, und die Grenzen der Staaten, die keine Nationen waren, hatte man am

Reißbrett gezogen. Die Regierungen der jungen Staaten machten jedoch alles nur noch schlimmer.¹⁷

Die arabische Welt war dem Westen in vielerlei Hinsicht unterlegen. Sie konnte wirtschaftlich und militärisch nicht mithalten. Ihre Führer erlagen dem Irrglauben, dass der Staat, wie ihn der überlegene Westen hervorgebracht hatte, diese unerreichte »Moderne« verkörpere: Nun wollten auch sie einen starken Staat haben, er sollte die militärische Unterlegenheit überwinden und die wirtschaftliche Rückständigkeit aufholen. Für eine freie, offene Gesellschaft war da kein Platz. Der Staat verordnete von oben, und so führte der Weg in eine unfreie Moderne. Die unabhängigen Staaten wurden unfreier, als sie unter allen früheren Herrschaftsformen gewesen waren. Denn ihre Herrscher bedienten sich der Methoden und Institutionen, die die Moderne hervorgebracht hatte: So festigte die Bürokratie den Zugriff auf den Menschen, die moderne Technik ermöglichte eine schnelle landesweite Kontrolle, und die Modernisierung des Sicherheitsapparats erstickte dissidente Stimmen.

Die neuen Staaten wurden zu »Sicherheitsstaaten«. Im Jahr 1946 wurden die meisten in die Unabhängigkeit entlassen, und 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Der Konflikt um Palästina blieb über Jahrzehnte der Schlüsselkonflikt des Nahen Ostens. Erst beförderte er Ägypten zur panarabischen Führungsmacht und bewirkte dann dessen Niedergang; nach der für die Araber demütigenden Niederlage von 1967 gegen Israel ermöglichte er den Aufstieg des politischen Islams; er erklärt das Ausbrechen von Krisen und Kriegen in anderen Ländern, etwa in Jordanien und im Libanon, und er liefert die Erklärung für das arabische Misstrauen gegen die Vereinigten Staaten. Schließlich bot und bietet er nichtarabischen Mächten wie Iran einen Einstieg in die arabische Welt.

Der Konflikt um Palästina beendete in der arabischen Welt eine Zeit, die als die liberale Epoche beschrieben wird. Ägypten und der Irak hatten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Kultur und intellektuelle Kreativität hervorgebracht, von der die arabische Welt noch heute zehrt.¹⁸ Diese liberalen Regime verloren mit der Niederlage von 1948 gegen Israel aber ihre Legitimation.

An ihre Stelle traten putschende Offiziere, die Militärdiktaturen errichteten und alle dissidenten Stimmen erstickten. Der Konflikt mit

Palästina diente ihnen als Vorwand für die Militarisierung der Gesellschaften und die Einschränkung der Freiheit. Denn man befände sich ja im Kriegszustand, hieß es. Die Eliten lenkten damit nur von ihrem Scheitern ab. Außenpolitik reduzierte sich auf den Palästina-Konflikt, Innenpolitik fand nicht mehr statt, und für gemäßigte und liberale Stimmen war kein Platz mehr. Staatlich organisierte Demonstrationen zum Thema Palästina waren das einzige Ventil, um Druck abzulassen.

In Republiken wie Ägypten, Syrien und dem Irak lag alle Macht bei den Sicherheitsapparaten. Die Armee (*jaish*) wurde die wichtigste Institution des Staates. Der inneren Absicherung der Macht dienten die Sicherheitsorgane des Innenministeriums (*amn al-daula*, wörtlich »Staatssicherheit«) und die mächtigen Geheimdienste (*mukhabarat*). Auch die Polizei (*shurta*) verbreitete Schrecken. In Ägypten verfügte (und verfügt) die Polizeistation in jedem Stadtteil über einen zentralen Raum, der »Kühlschrank« (*thallaja*) genannt wird oder aber »Schlachthof« (*salakhana*). Zur Abschreckung liegen Elektrokabel und Prügel auf dem Boden. Jeder versteht: Es kann jederzeit gefoltert werden.

In diesen Sicherheitsstaaten gab es Institutionen, wie sie aus dem Westen bekannt sind: eine Verfassung; die Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative; Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Das blieb aber Fassade. Ein freier Wettbewerb zwischen Parteien war nicht vorgesehen, wirkliche Opposition ebenfalls nicht. Zudem schufen die Sicherheitsstaaten keinen breiten Wohlstand, sie waren nur an der Mehrung des Wohlstands ihrer Eliten interessiert. Dazu dienen Renteneinnahmen, für die keine eigene produktive Leistung erbracht werden mussten. Wichtige Einnahmequellen wurden die Verkaufserlöse von Rohstoffen sowie internationale Hilfgelder, die verteilt werden konnten. Die Elite brauchte die Gesellschaft also nicht, und die Gesellschaft sah im Staat keinen Nutzen: Der Staat schuf für sie ja weder Sicherheit noch Wohlstand.

Zur Kontrolle des politischen Raums legte sich der Sicherheitsstaat einen politischen Arm zu. In Syrien und im Irak war es die arabisch-sozialistische Baath-Partei, in Ägypten die Nationaldemokratische Partei. Über die Partei erfolgte von unten nach oben der Kontakt des Einzelnen mit der Macht, und über die Partei verteilten die

Herrschenden Pfründe, um Einzelne an sich zu binden. Dazu konnte die Zuteilung eines lukrativen Grundstückes ebenso gehören wie die Sicherung einer marktbeherrschenden Stellung für ein Unternehmen. Aufgabe dieser Art von Patronage war die Stabilisierung des Systems. Tatsächlich verhinderte sie aber ein effizientes Wirtschaften, leistete der Ausbreitung von Korruption Vorschub und trieb die Kosten von Investitionen in die Höhe. Eine wettbewerbsfähige Privatwirtschaft konnte sich unter diesen Bedingungen nicht entwickeln. Die Folge war, dass zu wenige Arbeitsplätze geschaffen wurden. Dagegen anzugehen war jedoch sinnlos, denn die Mächtigen genossen Immunität.

Der postkoloniale Staat der arabischen Welt erfüllte zahlreiche Kernaufgaben eines modernen Staats nicht: Er war keine Solidargemeinschaft; wer in Not war, richtete sich nicht an den Staat, sondern an seinen Stamm und seine konfessionelle Gemeinschaft. Dieser Staat stiftete auch keinen gesellschaftlichen Frieden. Nie waren solche Staaten inklusiv, sondern sie schlossen viele von der Teilhabe aus. Denn die Mächtigen verstanden und verstehen Herrschaft als ein Nullsummenspiel: Der Stärkere nimmt alles, der Schwächere bekommt nichts.

Syrien und der Irak waren solche totalitären Staaten. In beiden Fällen herrschten Minderheiten über Mehrheiten – in Syrien die Alawiten¹⁹ über die Sunniten, im Irak die Sunniten über die Schiiten. In beiden Ländern waren die Eliten durch einen Militärputsch an die Macht gekommen; in beiden waren Sicherheitsapparate und politische Macht eng verwoben; in beiden erstickte der Staat dissidente Stimmen mit Gewalt und Folter. Im Irak drehte sich das Rad 2003 zugunsten der Schiiten, in Syrien wittern seit 2011 die Sunniten eine Chance, an die Macht zu kommen. Wären die postkolonialen Staaten inklusiv gewesen, hätte sich der Druck im Kessel, der sich heute entlädt, nicht in diesem Maß aufstauen können.

Totalitäre Ideologien

Der Staat war autoritär, die Ideologien, die ihn legitimierten, waren es ebenfalls. Der arabische Nationalismus und der arabische Sozialismus lösten nicht ein, was sie versprochen hatten. Sie einten die arabische